Nr. 229.

7. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2795) ohne Bringegeld vierteljährl. M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: C. Heine in Hamburg.

Freitag, den 29. September 1893.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Oktober 1893 hat das „Hamburger Echo“ sein sechstes Lebensjahr vollendet und wir können mit Genugthuung und Stolz konstatiren, daß dasselbe sich während dieser verhältnißmäßig kurzen Zeit einen festen, langsam aber stetig wachsenden Leserkreis erobert, feste Wurzeln im arbeitenden Volke gefaßt hat. Stets unentwegt auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehend, hat das „Hamburger Echo“ den Kampf mit den herrschenden Klassen aufgenommen und wird auch ferner, unbekümmert um das Gekläff der Gegner, denselben fortsetzen.

Und wir werden in diesem Kampfe siegen! Ist es der Regierung auch gelungen, die Militärvorlage durchzudrücken, wird sie es auch mit Hülfe der Vertreter der besitzenden Klassen fertig bringen, die Kosten für die Vermehrung des stehenden Heeres wieder zum größten Theil dem arbeitenden, nichtbesitzenden Volke aufzubürden, so sind wir doch dessen gewiß, daß die ganze heutige bürgerliche Gesellschaft, durch und durch faul, der baldigen Auflösung entgegengeht, und daß eine neue, gerechtere Weltanschauung Platz greifen wird.

Schon ringen neue Ideen nach Gestaltung, schon ist der Glaube an die nothwendige Umgestaltung unserer Wirthschaftsordnung in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen und spornt dasselbe zu fortgesetztem energischen Ringen um die Siegespalme in diesem Kampfe.

Und an diesem Ringen, an diesen Kämpfen muß die Presse nicht nur regen Antheil nehmen, sie muß „Rufer im Streite“ sein.

Das „Hamburger Echo“ wird, wie bisher, so auch ferner, dieser Aufgabe mit allen Kräften gerecht zu werden suchen. Wie bisher, wird es alle wichtigen Tagesfragen in sachlichen Artikeln vom sozialdemokratischen Standpunkte aus besprechen, energisch gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen — gleichviel in welcher Gestalt sie geschieht — Front machen und entschieden Stellung nehmen gegen die ungleiche Vertheilung der Steuerlasten.

Der Arbeiterbewegung wird im „Hamburger Echo“ ein breiter Raum gewährt werden; das ist bei einem Arbeiterblatt selbstverständlich. Ebenso wird das „Hamburger Echo“ bestrebt sein, durch gediegene Aufsätze wissenschaftlichen Inhalts seine Leser über alle Fragen auf diesem Gebiete zu unterrichten.

Besondere Aufmerksamkeit werden wir den Hamburgischen Staats- und Gemeinde-Angelegenheiten widmen und unermüdlich immer wieder auf die Schäden hinweisen, an welchen das Hamburgische Staatswesen krankt. Die Forderung der Abänderung unserer Verfassung in Hinsicht auf eine Theilnahme aller Staatsangehörigen an der Gesetzgebung, welche bei der traurigen Zeit, die Hamburg während und nach der Cholera-Periode durchmachen mußte, besonders in den Vordergrund getreten war, wird von uns immer und immer wieder erhoben werden, bis unsere Herren Gesetzgeber sich bequemen, derselben Rechnung zu tragen.

Nach wie vor wird das „Hamburger Echo“ für schnelle und umfassende Berichterstattung über die Verhandlungen des Reichstages und der Hamburger Bürgerschaft Sorge tragen, mittheilen, was bei den Gerichten und sonst Interessantes passirt und nicht ermangeln, seine Leser über die Vorgänge in unserer Schwesterstadt Altona, in Harburg, Wandsbek u. s. w. auf dem Laufenden zu erhalten.

Auch was Neues und Wissenswerthes auf dem Gebiete der Literatur, der Kunst, des Theaters ꝛc. zu verzeichnen ist, wird im „Hamburger Echo“ Berücksichtigung und eingehende Besprechung finden.

Dem Unterhaltungsbedürfniß unserer Leser werden wir durch Veröffentlichung spannender Romane, Novellen, Erzählungen belehrenden Inhalts, aus der Feder der tüchtigsten Schriftsteller, besonders auch durch die Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“

Rechnung tragen.

Indem wir, wie bisher, auch ferner versuchen werden, allen Wünschen unserer Abonnenten zuvorzukommen, bitten wir die Leser, auch für die Folge mit uns in enger Fühlung zu bleiben und uns nicht nur durch Zuschriften über Vorkommnisse aus dem gewerblichen und öffentlichen Leben zu unterstützen, sondern auch dafür zu agitiren, daß dem „Hamburger Echo“ immer neue Freunde geworben werden.

Unsere Zeitung ist ein Faktor, mit dem unsere Gegner rechnen müssen, und das um so mehr, je stärker die Zahl unserer Abonnenten ist. Möge jeder Arbeiter bedenken, daß er mit dem Abonnement auf gegnerische oder sogenannte farblose Blätter nur unsere Gegner stärkt und unsere eigenen Reihen schwächt.

Also, Genossen, werbt für Eure Zeitung!

Wir laden hiermit die uns noch fernstehenden Kreise beim Quartalswechsel zum Abonnement auf das „Hamburger Echo“ ein und hoffen, daß sich ein immer größerer Kreis von Lesern und Genossen um die Fahne des Proletariats schaaren wird, die wir hochhalten werden, so lange das „Hamburger Echo“ besteht.

Der Abonnementspreis des „Hamburger Echo“ beträgt (einschließlich des Unterhaltungsblattes „Die Neue Welt“) **36 Pfennig** pro Woche und wird dafür von den Kolportören frei in's Haus geliefert. Das Abonnement bei der Post kostet vierteljährlich **M. 4,20** ohne Bringegeld. Das „Hamburger Echo“ ist unter Nr. 2795 in dem Postzeitungskatalog eingetragen.

Wir bitten unsere Leser, besonders aber die Postabonnenten, um rechtzeitige Erneuerung ihres Abonnements. Wird bei der Post nicht wenigstens 3 Tage vor dem Quartalsersten das Abonnement erneuert, so entstehen unliebsame Verzögerungen.

Die Redaktion und Expedition des „Hamburger Echo“.

Sittlichkeit und Glaube.

□ Wir mögen in der Kulturgeschichte zurückgehen, so weit wir wollen oder können, bis zu ihren Anfängen, wir werden in jedem Zeitalter Moralisten finden, welche Klage erheben über die zunehmende Schlechtigkeit und Sittenverderbniß. Aber die Moralisten der früheren Zeiten, im Alterthume, wie noch in der ersten Periode des christlichen Mittelalters, waren ehrlichere Menschen, als die Massen Derjenigen, die in unserer Zeit das Sittenrichteramt sich angemaßt haben. Jene Alten geißelten vorzugsweise oder nur die Laster, Verbrechen, Tollheiten und Frivolitäten der herrschenden Klassen und Stände, die Fürsten nicht ausgenommen; auch nahmen sie wohl gegen diese die Unterdrückten in Schutz. Nie hat einer der alten Moralisten die Unterdrückten verhöhnt und gescholten ob ihrer Fehler und ihnen heuchlerisch zugemuthet, das zu sein, was die Privilegirten niemals waren, Muster aller Tugend.

Heute ist's anders, das genaue Gegentheil. Freilich — könnte man einwenden — die Unterdrückten von damals galten ja auch nicht als gleichberechtigte Menschen; ihr sittlicher Werth kam nicht in Frage, sondern nur ihr materieller; das sittenlose Leben ihrer Herren nachzuahmen, dazu hatten sie weder Freiheit noch die Mittel. Als ob der „gleichberechtigte“ Unterdrückte von heute sich in anderer Lage befände! Und doch können wir tagtäglich beobachten, was Vertreter der sogenannten „besseren“ Gesellschaft, die kein Aug' und Ohr für die Sittenlosigkeit und Schlechtigkeit dieser Kreise haben, „sittlicher Entrüstung“ voll zetern und jammern über die „wachsende Verderbniß der unteren Volksschichten“. Da heißt es, das komme davon, daß dem Volke „die Religion nicht erhalten bleibe“, daß „der Geist der Gottlosigkeit und des Unglaubens es bemeistert habe“. Von den „oberen Zehntausend“, von „hohen und höchsten Herrschaften“ ist nicht die Rede; immer nur von den Armen und Elenden, welche die ganze ungeheure soziale Schuld zu tragen haben. Und nebenbei von den „freigeistigen Künstlern und Liberalen“.

Sind die Privilegirten besser und die Unterdrückten und Ausgebeuteten schlechter geworden im Laufe der Jahrhunderte? Wahrhaftig nicht! Eher könnte das Gegentheil als historische Wahrheit gelten. Allerdings, wer die als „berufenste Stützen von Thron, Altar und Gesellschaftsordnung“ sich geberdenden Moralprediger hört, der sollte, so er's nicht besser weiß, glauben, eine sittenlosere und verderbtere Volksmasse, wie die gegenwärtige, habe es nie gegeben. Ein Blick auf die Geschichte aber belehrt uns eines Anderen und liefert uns zugleich den Beweis, daß wahre Sittlichkeit und Tugend sich niemals auf theologische Dogmen, die fälschlich als „Quintessenz aller Religion“ ausgegeben werden, stützen läßt. Die Geschichte bietet unzählige Beispiele dafür, daß man einen religiösen Glauben haben kann, der Berge versetzt, und dabei der denkbar schlechteste, verworfenste und liederlichste Mensch sein kann. Treffend sagt der alte Kämpfer gegen den Dogmen-Unfug, Karl Schall, in einem kürzlich erschienenen Buche*): daß nicht einmal die Zeiten, in denen sich eine „Reinigung und Läuterung des Glaubens“ vollzog, weder die vor achtzehnhundert noch die vor vierhundert Jahren, uns das Beispiel zeigen, daß Diejenigen, welche zu dem geläuterten Glauben sich bekannten, zugleich auch als die besseren Menschen sich bekannten.

In der That, entsetzliche Klagen sind uns überliefert über den sittlichen Zustand in den ersten Christengemeinden, wie über den in den Gemeinden der neugegründeten protestantischen Kirche. Man lese nur, was einer der begeistertsten ersten Verkünder des Christenthums, Paulus, über den von ihm vorgefundenen Zustand einzelner jener Gemeinden, namentlich desjenigen von Corinth, in seinen Briefen sagt. Er spricht da von Räubern, Dieben, Trunkenbolden, Knabenschändern ꝛc. „Es gehet ein gemeines Geschrei, daß H..... unter euch sei, und eine solche, da selbst die Heiden nicht von zu sagen wissen, daß einer seines Vaters Weib habe.“ ... „Euch zur Schande muß ich das sagen.“ Man lese, was über die ersten protestantischen Gemeinden Luther für ein Urtheil fällt: „Jetzt sind die Leute mit sieben Teufeln besessen, da sie zuvor mit einem besessen waren; sie sind geiziger, listiger, vortheilischer, unbarmherziger, unzüchtiger, frecher und ärger denn unter dem Papstthum.“

Unter diesem war's wahrlich schon schlimm genug! Und wohlgemerkt, in den Zeiten, wo der mittelalterliche Glaube noch ganz ungeschwächt die Gemüther beherrschte, wo man meinen sollte, die „lieben Heiligen“, die „jungfräuliche Himmelskönigin“, die im „Jenseits“ winkenden ewigen Belohnungen und die in der Hölle drohenden ewigen Strafen und Qualen, sie hätten nicht verfehlen können, einen sittlich veredelnden Einfluß auf die Menschen auszuüben. Das Gegentheil war der Fall! Pfafferei und Sittenverderbniß reichen sich, wohin man in der Geschichte auch blickt, immer die Hand. Wie sah es aus an den Höfen der Fürsten, in den Palästen der Reichen, in den Pfarrhäusern, den Mönchs- und Nonnenklöstern, den Häusern und Familien der Bürger, auf den Burgen des Adels, bei den höchsten Würdenträgern der Kirche, ja, bei den sogenannten „Stellvertretern Gottes“, den Päpsten, selber? Da gab es keine Laster, keine Schandthat, für die in den Kreisen der Privilegirten nicht unausgesetzt das Beispiel gegeben worden wäre. Und zur Sühne für jedes Laster, jedes Verbrechen, jede Schandthat hatte die „liebreiche Mutter Kirche“ ihre „Gnadenmittel“; baar Geld für Ablaß! Man braucht ja nur den Namen eines Alexander VI., eines Julius II. unter denen der vielen „Stellvertreter Gottes“ zu nennen, man braucht nur an das Dirnenregiment der Römerinnen Theodora und Marozia am päpstlichen Hofe zu erinnern, und das „Sodom und Gomorrha“ steht lebendig vor uns, das uns von wahrheitsliebenden Geschichtschreibern geschildert wird, — ein Abgrund sittlicher Verworfenheit — trotz des Glaubens jener Zeiten, und trotzdem die Kirche den ganzen Menschen beherrschte; oder vielmehr eben deshalb! Kardinal Baronius, ein eifriger Vertheidiger des Papstthums, schildert in seinen „Annales ecclesiasticae“ die Päpste des 10. und 11. Jahrhunderts also: „Im Tempel und Heiligthume des Herrn war ein Greuel der Verwüstung; auf Petrus' Stuhl saßen nicht Menschen, sondern Ungeheuer in Menschengestalt. Anmaßende, wollüstige, in allen Lastern erfahrene Weiber regierten in Rom und besetzten den päpstlichen Stuhl mit ihren Beischläfern und H.... kindern.“ Die „Gotteshäuser“ wurden von den Pfaffen als Tanzlokalitäten benutzt, in denen die unflätigsten Orgien aufgeführt wurden und die unzüchtigsten Lieder ertönten. Die Päpste waren, sagt der gutkatholische Kirchenschriftsteller Gerbert, „Ungeheuer der Gottlosigkeit“. Als Papst Innocenz IV. Englands Gastfreundschaft in Anspruch nehmen wollte, ließ ihm das englische Parlament erklären: es könne „den abscheulichen Gestank des päpstlichen Hofes nicht im Lande dulden“. Die niedere Geistlichkeit ahmte der höheren nach, — und es ist gewiß keine Uebertreibung, wenn Herzog Albrecht V. von Baiern durch seinen Gesandten Paumgarten auf dem Konzil zu Trient erklären ließ: „er getraue sich nicht, unter hundert Geistlichen einen Einzigen zu finden, der nicht öffentlich Unzucht treibe.“ So zieht sich das böse Beispiel, welches die zur Pflege der Religion sich berufen erachtenden Elemente den Völkern gaben, durch Jahrhunderte hin.

Unsere modernen Moral-Mucker gehen bekanntlich soweit, „ewige Grundsätze der Sittlichkeit“ erfinden zu wollen. Und dabei wüthen sie in herostratischer Weise gegen die freie Kunst und die freie Literatur. Die elendeste Prüderie kifft wider den Genius, und die konventionelle Sittlichkeitslüge hilft ihr dabei, das Dichterwort verhöhnend:

Nur durch das Morgenthor des Schönen
Drangst Du in der Erkenntniß Land;
An höhern Glanz sich zu gewöhnen,
Uebt sich am Reize der Verstand.

Die politischen Duckmäuser, welche in den sogenannten „maßgebenden“ Kreisen und für dieselben, in Parlamenten, Konventikeln und Zeitungen das große Wort führen, versichern alles Ernstes, die Kunst und Literatur habe es noch niemals zu solch' „scheußlichen Ausgeburten der Unsittlichkeit“ gebracht, wie in unserer „gottentfremdeten“ Zeit. Und sie fordern die Hülfe des Polizeiknüppels gegen diese „Ausgeburten“.

Gemach, gemach, ihr Tröpfe und Heuchler. Wirkliche Unsittlichkeit in Kunst und Literatur ist heutzutage Ausnahme, die ganz und gar auf Rechnung der sogenannten „besseren“ Gesellschaft kommt. Aber in den guten alten Zeiten, wo der religiöse Wahn noch in seiner ganzen unheilvollen Kraft sich äußerte, da war die Unsittlichkeit in Kunst und Literatur Regel. Wir haben alte Kirchen- und Klostergemälde gesehen von beispielloser Unflätigkeit, gegen welche die bekannten „pikanten Bilder“, die gewisse Firmen heute an die Lebemänner der „besseren“ und „besten“ Gesellschaft verkaufen, von madonnenhafter Reinheit erscheinen. Gegen Ende des 10. Jahrhunderts schrieb die Nonne Rosmitha sechs Dramen, von denen sie selbst sagt, sie hätten den Zweck, die Unzucht „wie bei Terenz“, aber in Gegensatz zu der „löblichen Keuschheit christlicher Jungfrauen“ zur Anschauung zu bringen. Was die „fromme“ Nonne bietet, daran reicht auch nicht im entferntesten ein „Unzuchts-Literat“ unserer Zeit heran. Und diese Dramen wurden unter dem Beifall der Pfaffen, Fürsten und Ritter von Nonnen in den Klöstern aufgeführt, wobei die absoluteste „Natürlichkeit“ zu voller Geltung kam.

Das Zeitalter des Minnesanges und der höfischen Poesie, was war es anders, als die Periode der poetischen Sauerei, woran Adel, Fürst und Pfaff gleichermaßen Gefallen fand? Niedrigste Sinnlichkeit ist's, was diese „Poesie“ karakterisirt, die sich kaum andeutungsweise wiedergeben läßt.

O, hol' euch der Henker, ihr Heuchler und Narren, mit eurem Hinweis auf die „Sittlichkeit“ der „frommen, guten, alten Zeit“!

Die Geschichte berichtet auch, daß an den Höfen so vieler weltlicher Machthaber, die eifrig bemüht waren, „dem Volke die Religion zu erhalten“, zügelloseste Sittenlosigkeit ihre Orgien feierte.

So lehrt die Geschichte von Blatt zu Blatt, daß es eine der tollsten Dummheiten bezw. eine der dummsten Lügen ist, zu behaupten, der Glaube biete in Beziehung auf das Sittengesetz und seine Befolgung auch nur die geringste Bürgschaft. Je gläubiger ein Zeitalter war, je sittenloser war es auch; je frömmer im Sinne der Pfafferei, je roher waren die Menschen.

Diese geschichtlichen Thatsachen soll man der Fanatiker- und Heuchlersippschaft entgegenhalten, welche den öffentlichen Gewalten anräth, mit „mehr Religion“, mit der „Stärkung des Glaubens“ für die „bedrohte Sittlichkeit“ einzutreten, und es dabei besonders auf pfäffische Verhunzung des Volksgeistes abgesehen hat. Den öffentlichen Gewalten versucht die Sippschaft glauben zu machen, daß grade im „niederen“ Volke ein „Unmaß von Sittenlosigkeit“ existire. Ach, ihr Herren, lasset doch das „niedere“ Volk aus dem Spiele! Das hat in seiner ehrlichen Arbeit und im Bewußtsein der Würde und des unverjährbaren Rechtes der Arbeit einen vollen und ausreichenden sittlichen Halt, wie ihn der Glaube nie gewähren kann. Da liegt die Wurzel aller wahren Sittlichkeit; und die praktische Geltung der echten Humanität, des Menschthums, des Menschenrechts, der Nächstenliebe in diesem Recht, der Freiheit und Gerechtigkeit, — das ist die einzig echte Blüthe aller Sittlichkeit. Nicht der Glaube kann diese Blüthe erzeugen; sie ist, um mit Kant zu reden, ein Postulat der praktischen Vernunft.

*) „An der Grenzscheide zweier Welten.“ Verlag der Handelsdruckerei Bamberg.

Von der Weltbühne.

Einen unglaublich plumpen Schwindel leisten sich nationalliberale Blätter, vorweg die „tonangebenden“, wie die „Magdeb. Ztg.“ ꝛc. Sie schreiben: „Die Sozialdemokratie will das Königreich Polen wiederherstellen!“ Das ist die allerneueste Sensationsnachricht, zu lesen im „Vorwärts“, der die Wiederaufrichtung des polnischen Königreiches zu den Aufgaben der Sozialdemokratie zählt.“

Sehen wir, was der „Vorwärts“ (Nr. 226 vom Dienstag d. W.) wirklich geschrieben hat, — Folgendes:

„Auch ein Jubiläum. Im Jahre 1793 wurde ein König enthauptet, Ludwig XVI. von Frankreich, der sein Vaterland verrathen hatte; und ob dieser „Schandthat“ zetert alljährlich an dem Jahrestag des „Verbrechens“ die gesammte monarchische Presse. In demselben Jahre 1793, auch im Januar, wurde ein **Volk** ermordet — **Polen**, dessen zweite, entscheidende Theilung am 4. Januar 1793 von den Monarchen Rußlands, Preußens und Oesterreichs beschlossen ward. Dieses millionenmal größere Verbrechen wird von keinem monarchischen Blatte verurtheilt. Die Polen aber in Galizien haben vorgestern, als am Tag, wo Galizien von den Oesterreichern thatsächlich in Besitz genommen ward, den „hundertjährigen“ Erinnerungstag dieser Schandthat durch Trauerfeierlichkeiten und Schließen aller Geschäfte sich und der Welt in's Gedächtniß gerufen. Auch dieses schmachvolle Verbrechen, das den von der Kaiserin Maria Theresia verwünschten Völkermord vollendete, wird durch die Sozialdemokratie gesühnt werden, die den unnatürlichen und unvernünftigen Zuständen auf politischem und wirthschaftlichem Gebiet ein Ende bereiten wird. „Noch ist Polen nicht verloren“ ...—

Daraus zu folgern, der „Vorwärts“ trete für die Wiederherstellung des Königsreichs Polen ein, das bringen eben nur ordnungsparteiliche Skribifaxe fertig, bei denen die Vernunft ebenso auf den Hund gekommen ist, wie der Respekt vor der Wahrheit. Nicht die Absetzung des polnischen Königs „von Gottes Gnaden“, sondern die von anderen Gottesgnadenmännern vorgenommene Vergewaltigung des polnischen Volkes, das wie eine Hammelheerde unter Räubern aufgetheilt wurde, das ist's, worüber die „staatserhaltende“ monarchistische Presse allerdings alle Ursache hat zu schweigen, was aber die Sozialdemokratie frei und offen als Verbrechen zu bezeichnen hat. Dieselbe Presse, die über das an Ludwig XVI. vollzogene Volksgericht zetert, hat für das Verbrechen des koalirten Gottesgnadenthums am polnischen Volke kein Wort des Tadels. Wenn Könige „von Gottes Gnaden“ Ihresgleichen stürzen und verjagen, die auch auf „göttliches Recht“ sich berufen, dann sind das „Ruhmesthaten“ und die Räuber werden als „Helden“ gepriesen; wenn aber ein Volk Gebrauch macht von seinem natürlichen Rechte, einen hochverrätherischen König zu strafen, — dann ist das eine „Schandthat“, über deren Urheber und Vollbringer der „Fluch des Himmels“ herabgeheult wird.

Das unverjährbare Recht der polnischen Nation, seine Geschicke selbst zu regeln, dieses Recht eines jeden Volkes, das der Selbstbestimmung, ist's, welches die Sozialdemokratie vertheidigt und fordert. Und wahrlich nicht im Interesse des monarchischen Prinzips, das für uns ganz aus dem Spiele bleibt.

„Noch ist Polen nicht verloren“, — so hat ehedem auch der deutsche Liberalismus gerufen. Eine Reihe unserer besten Denker und Dichter haben sich des vom Gottesgnadenthum vergewaltigten Volkes angenommen in demselben Sinne, wie es heute noch die Sozialdemokratie thut Sie ganz allein, abgesehen von vereinzelten bürgerlich-demokratischen Ideologen. Deutsche liberale Männer und Jünglinge — allerdings bessere, als sie der heutige Schandliberalismus erzieht — haben für die Unabhängigkeit Polens, aus Liebe zum Völkerrecht, Gut, Blut und Leben eingesetzt.

Im Hinblick auf alle diese Thatsachen erwäge man, welches Unmaß dummster Unverschämtheit dazu gehört, wenn „liberale“ Blätter dem Philister vorschwindeln, die Sozialdemokratie strebe die Wiederherstellung des „Königreichs“ Polen an! Die „Magdeb. Ztg.“ schließt ihre Notiz mit folgender Bemerkung:

„Man hat seit einiger Zeit viel davon gehört, daß es mit der sozialdemokratischen Bewegung unter der polnisch redenden Bevölkerung Preußens gar nicht von der Stelle wolle, daß sie vielmehr nicht nur in's Stocken gerathen, sondern sogar im Rückgange begriffen sei, wovon die verfehlten Preßunternehmungen in polnischer Sprache Zeugniß ablegen. Die Polen werden aber schwerlich so dumm sein, dem Sirenengesange des „Vorwärts“ Vertrauen zu schenken und auf die Leimruthe zu gehen, die ihnen in so plumper Weise entgegengehalten wird.“

Nach alledem, was wir bereits ausgeführt haben, ist es wohl überflüssig, diesem Gefasel des nationalliberalen Organs Worte der Kritik zu widmen.

Ein Vertreter des baierischen Bulgär-Liberalismus macht in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ über die Sozialdemokratie im neugewählten baierischen Landtage seinem Herzen folgendermaßen Luft:

„Ein ganz neues Element bringen die Sozialdemokraten in den baierischen Landtag. Dieselben sind durch ihre geringe Zahl auf eine mehr kritische Thätigkeit beschränkt, von welcher sie aber voraussichtlich umfassenden Gebrauch machen werden. Der im Ganzen gemüthlich behäbige, häufig in's Spießbürgerliche verfallende Ton der Landtags-Verhandlungen mag dadurch hier und da eine empfindliche Störung erleiden, und es giebt Viele, die aus diesem Grunde das Einziehen einiger Sozialdemokraten in das Landtags-Gebäude an der Prannersgasse für kein Unglück halten, zumal da Diejenigen, welche mit dem von den Abgeordneten zu leistenden Verfassungseid „Treue dem König, Gehorsam dem Gesetz und Beobachtung der Staatsverfassung“ eidlich geloben, doch schließlich keine blutrothen Anarchisten sein können. Zu bedauern wäre nur, wenn das Auftreten der schärferen Tonart im Landtage die Zahl der in Regierungs- und Volkskreisen vorhandenen ängstlichen Gemüther verstärken würde, welche in der Meinung, die Religion zu festigen, unter die Fittiche ultramontaner Weltanschauung sich flüchten.“

Die ultramontane „Köln. Volks-Ztg.“ sieht in dieser Auslassung eine „freundliche“ Behandlung der neuen Kammer-Sozialdemokraten, die eigentlich auf gleichem Fuß wie die „ehrgeizigen Vertreter“ der Konservativen behandelt werden.“

Na, sowohl der Liberalismus wie der Ultramontanismus wird die kritische Thätigkeit dieser „Kammer-Sozialisten“ empfindlich genug zu verspüren bekommen!

Schon jetzt ist erkennbar, daß die klerikale Partei im baierischen Landtage versuchen wird, die sozialistische Gruppe von jeder Vertretung in Ausschüssen auszuschließen, um dadurch eine aktive Mitarbeit der Sozialdemokraten an der gesetzgeberischen Thätigkeit zu verhindern. Eine anscheinend partei-offiziöse Auslassung der „Donau-Ztg.“ deutet hierauf hin:

„Die fünf Sozialdemokraten im Landtag beginnen bereits Prätensionen zu machen. Herr Grillenberger in Nürnberg, der bekanntlich auch einer der sozialistischen Volksvertreter ist, schreibt nämlich in seinem Organ: „Die Sozialdemokraten werden zur Konstituirung der Kammer da sein. Ihre Stellung wird sich nach dem Entgegenkommen der Anderen bestimmen, das sie als Vertreter einer großen Partei beanspruchen können, wenn diese Partei in Folge eines widersinnigen, ungerechten Wahlsystems augenblicklich auch nur durch fünf Abgeordnete repräsentirt wird.“ Bescheidenheit haben wir von diesen Herren noch nie erwartet, das zeigt sich auch in diesem Falle wieder. Wenn sie aber im baierischen Landtage bei ihrer kleinen Zahl von den großen Parteien besondere Berücksichtigung ihrer Leute erwarten, so ist das doch eine Selbsttäuschung. Eine Gruppe von fünf Mann hat nach parlamentarischen Gepflogenheiten keinen Anspruch auf einen Sitz im Hauptausschuß, im Finanzausschuß. Sie bilden nur den 32. Theil der ganzen Körperschaft. Eine Ausnahme wird man deshalb, weil die Herren sich damit brüsten, daß sie eine große Zahl Wähler hinter sich haben, nicht machen. Im Uebrigen ist es auch gar nicht so arg. Die Sozialisten haben im Ganzen 376 Wahlmänner zusammengebracht geger 4726 Wahlmänner des Zentrums, 3625 Liberale 833 Bauernbündler, 198 Konservative, 210 der Volkspartei und 85 ohne bestimmte Parteistellung. Wenn also Jemand einen Anspruch erheben könnte, so wären das immer noch in erster Reihe die Bauernbündler, da sie die verhältnißmäßig größte Gruppe bilden. Mit großen renommirenden Worten wird Herr Grillenberger und seine Genossen sicher im baierischen Landtag gar nichts erreichen, das können wir ihm heute schon prophezeien.“

Diese klerikale Unverschämtheit geht selbst der „Voss. Ztg.“ über das Bohnenlied; sie schreibt:

„Wenn die parlamentarischen Gepflogenheiten der kleinen sozialistischen Gruppe vielleicht auch kein Recht auf einen Sitz in den Ausschüssen einräumen, so wird man doch von dem parlamentarischen Anstand erwarten dürfen, daß auch einer Gruppe von fünf Abgeordneten in der einen oder andern Form Gelegenheit gegeben wird, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Aus der schroff ablehnenden Haltung des baierischen Zentrums spricht nichts als der schlecht verhaltene Groll über die Niederlage bei den letzten Wahlen, die seine bisherige prädominirende Stellung im Landtage allerdings empfindlich erschüttert hat.“

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Aus Oldenburg, 26. September, wird berichtet:

Bei den gestrigen Wahlmännerwahlen zum oldenburgischen Landtag haben die Sozialdemokraten, die sich bisher nie an den Wahlen betheiligten, in den drei stark bevölkerten oldenburgischen Vororten Wilhelmshavens, Bant, Heppens und Neuende ihre sämmtlichen Wahlmänner, 30 an der Zahl, durchgebracht. In Bant erhielt die sozialdemokratische Liste 138 Stimmen, während auf die gegnerische nur 55 Stimmen entfielen.

„Dieser große unerwartete Erfolg der Sozialdemokratie“, — so wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben — „ist vor Allem auch der sorgfältigen Geheimhaltung ihres Planes zu verdanken. Das ganze Jeverland, zu dem die genannten drei Orte gehören, hat 78 Wahlmänner aufzustellen, und diese haben zusammen fünf — bei der letzten Wahl wegen der geringeren Bevölkerungszahl nur vier — Abgeordnete zu wählen. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß in Folge eines Kompromisses als neuer fünfter jeverländischer Abgeordneter der durchgefallene sozialdemokratische Reichstagskandidat Paul Hug in den oldenburgischen Landtag gewählt wird.“

Ueber die Grundzüge der neuen Tabaksteuervorlage berichtet die „Süddeutsche Tabakzeitung“ weiter: „Es ist ein Irrthum der „National-Ztg.“, wenn sie von einer Art Verständigung zwischen den Regierungskommissaren und den Sachverständigen spricht. Das Gegentheil ist der Fall. Sämmtliche Sachverständige ohne Ausnahme erklärten ihre schärfste Gegnerschaft auch gegen den zuletzt amendirten Entwurf. Daß sie an der Berathung theilnahmen und auch Abänderungsvorschläge machten, ist leicht begreiflich, wie aus Folgendem hervorgeht: Nachdem der erste preußische Entwurf zurückgezogen war, forderte die neue Vorlage 40 pZt. für Zigarrenfabrikate und 120 pZt. für Schneid-, Kau-, Schnupf- ꝛc. Tabake, damit die Lohnherabsetzung und Arbeiterentlassung durch den übermäßigen Konsumrückgang der Zigarren „zu Gunsten der Pfeife“ nicht allgemein werde. Das Verhältniß 1 zu 3 war so gedacht: Aus einem Zentner Tabak 6½ Mille Zigarren à z. B. M. 50 sind M. 325 × 40 pZt. = Fakturasteuer M. 130, während der Zentner ordinären Pfeisentabaks von ebenfalls M. 50 M. 60 Fabrikatsteuer (120 pZt. vom Werthe) zahlen würde. Der Vertreter der süddeutschen Schneidtabakfabrikation machte demgegenüber geltend, daß Schneidgut ebenfalls nur 40 pZt. zahlen könnte; schließlich einigten sich die Regierungskommissare — nicht etwa die Sachverständigen — für Pfeifen- ꝛc. Tabake 100 Prozent mehr als von der Zigarrenumsatzsteuer zu fordern, das sind also 80 pZt. für Schneidtabake und 40 pZt. für Zigarrenfabrikate.“ Zum Schluß bringt die „Süddeutsche Tabakzeitung“ eine Vergleichung zwischen den Sätzen der ursprünglichen Vorlage, welche man schon vor vier Wochen publiziren wollte und dem heutigen Stand der Angelegenheit.

Die Steuersätze, welche dann von der Kommission angenommen wurden, haben wir gestern schon mitgetheilt. Zur Beruhigung der kleineren Fabrikanten bringt der „Haun. Courier“ folgende Mittheilung:

„Die Erleichterung bei Erhebung der Tabaksfabrikatsteuer soll vor Allem darin bestehen, daß die Steuer für die kleinen Tabak- und Zigarrenproduzenten auf Grund des aus deren Büchern ermittelten jährlichen Fabrikationsquantums pauschalirt wird.“

Es scheint, als solle der kleine Fabrikant erst am Schlusse des Jahres die Fabrikatsteuer zahlen. Derjenige, welcher alleine arbeitet und im Laufe des Jahres vielleicht 100 000 Zigarren à M. 50 pro 1000 verkauft, müßte am Jahresschluß M. 2000 Steuer zahlen. Daß der Fiskus einem kleinen Manne nicht solchen Kredit gewährt, dürfte Jedem klar sein. Das Publikum zu beruhigen, ist jetzt die Hauptaufgabe der Offiziösen. So schreibt der „Hamb. Correspondent“: „Daß einschneidende Reformen, welche immer beunruhigend auf die Industrie wirken, auf lange Zeit hinaus ausgeschlossen sein werden.“ Die Seelen der Tabakinteressenten müßten der schwärzesten Undankbarkeit voll sein, wenn sie nunmehr nicht dem Herrn Finanzminister Miquel zujubelten. Zwar hat man bei der Tabaksteuererhöhung im Jahre 1879 das Gleiche versichert und trotzdem drei Jahre später dem Reichstag das Monopol angesonnen; zwar ist im Oktober vorigen Jahres offiziell erklärt worden, daß der Plan einer Erhöhung der Tabaksteuer fallen gelassen sei und dieser Plan ist bald hinterher doch gekommen; zwar ist dem deutschen Volke schon ein halbes Dutzend Mal versichert worden, die Militärvorlage, um die es sich grade handelte, werde auf lange Zeit einen Abschluß bilden und ebenso regelmäßig ist bald hinterher eine neue Militärvorlage gekommen — aber alle solche Kleinigkeiten werden die deutschen Tabaksfabrikanten sicher nicht abhalten, auf Grund der Autorität der Offiziösen sich überzeugen zu lassen, daß es sich diesmal wirklich um eine Beendigung der Beunruhigung auf lange Zeit handelt und dem vielgeplagten Industriezweige, falls der Reichstag den nöthigen „Patriotismus“ an den Tag legt, wirk-